



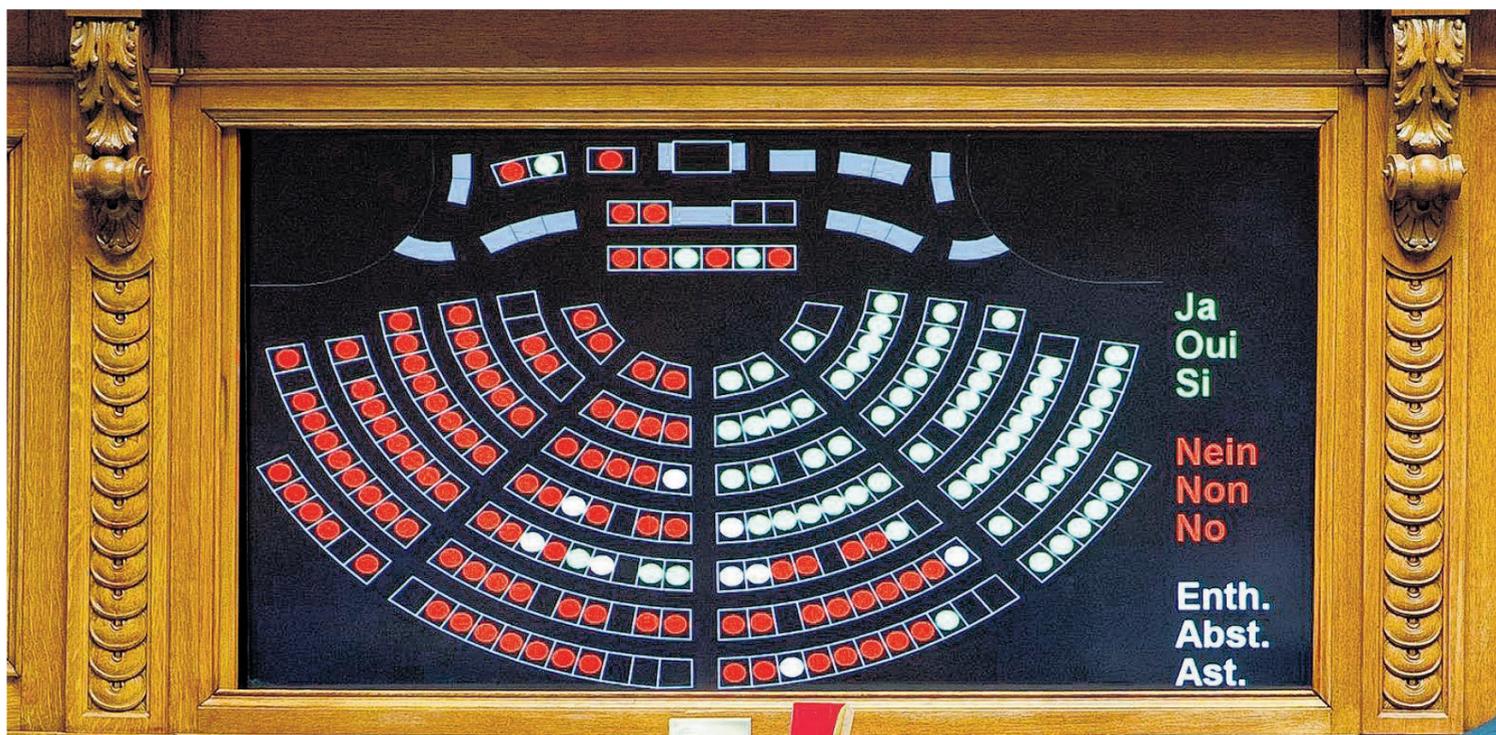
Ein gemeinsames Projekt der
Luzerner Landzeitungen

Ratsmitglieder ziehen Halbzeitbilanz

BERN Neun Luzerner Nationalräte und zwei Ständeräte haben die erste Hälfte der Legislatur 2019/23 absolviert. Grund genug für die Luzerner Landzeitungen im Rahmen ihres Projekts «Für Luzern aus Bern» mit den elf Parlamentariern eine Zwischenbilanz zu ziehen.

In drei Folgen geben Ida Glanzmann, Priska Wismer und Leo Müller (alle Mitte-Partei), Franz Grüter und Yvette Estermann (beide SVP), Peter Schilliger (FDP), Roland Fischer (GLP) sowie Prisca Birrer-Heimo (SP) und Michael Töngi (Grüne) einen Einblick zu ihren Präferenzen während zwei Jahren Politarbeit im Nationalrat. Mit ihnen beleuchtet der WB Themen wie das CO₂-Gesetz, das Verhältnis Schweiz-China, die Energie- und Klimapolitik, die neuen Kampfjets, die beiden Agrarinitiativen, die Schweizer Europapolitik, das Mediengesetz, die Bundesfinanzen oder diverse Corona-Facetten. In zwei weiteren Ausgaben folgen Gespräche mit den Ständeratsmitgliedern Andrea Gmür und Damian Müller.

Ernesto Piazza



Oft endeten die Abstimmungen im Nationalratssaal mit sehr knappen Ergebnissen. Foto parlamentsdienste 3003 bern

«Politik ist im Grunde nur Lobbyismus»

Leo Müller, wie haben Sie die beiden vergangenen Legislaturjahre erlebt?

Die erste Legislaturhälfte war sehr von Corona und den damit einhergehenden Massnahmen geprägt. Als Vizepräsident der nationalrätlichen Wirtschaftskommission begleitete mich das Thema über die vergangenen 18 Monate permanent.

Wo erlebten Sie diese Zeit?

Zu Beginn ging es darum, für die Unternehmen sofort die nötige Liquidität sicherzustellen. Diesen Weg zu beschreiten, war in meinen Augen ein guter Entscheid. Denn bei den anderen grossen Krisen, beispielsweise der Finanzkrise 2008/09, drehten die Banken den Geldhahn zu, was zu einer finanziellen Unterversorgung der Wirtschaft führte und diese somit abwürgte.

Später kam die Härtefallregelung ...

Das Entwerfen der Härtefallregelung war dann die Folge. Dabei wurden die Kantone miteinbezogen, das Ganze gesetzgeberisch gefasst und stets angepasst. Und zumindest bis heute kann man sagen: Es ist erstaunlich, wie stabil die Wirtschaft wieder ist. Die Härtefallentscheidungen haben stabilisierend gewirkt.

Gab es in diesem Zusammenhang auch Kontakte zum Kanton?

Mit dem Luzerner Finanzdirektor Reto Wyss war ich auch im Austausch und wollte wissen, wie die Lösungen aufgenommen werden und er hat mir ebenfalls Anliegen mitgegeben. Zudem wurde ich immer wieder telefonisch oder per E-Mails von Leuten kontaktiert, bei denen es auch aktuell nach wie vor schwierig ist. Zum Beispiel in der Eventbranche oder bei Schaustellern. Ihre Anliegen konnte ich direkt in meine politische Arbeit einfließen lassen.

Wo lagen Ihre weiteren Schwerpunkte?

Die Diskussion über die künftige Ausrichtung der Landwirtschaft, aber auch das Banken-, das Stempelsteuer- und das Verrechnungssteuergesetz, weiter die Wohnraumförderung, das Versicherungsvertragsgesetz oder das Zolltarifgesetz waren für mich wichtige Themen, die mich auch weiterhin beschäftigen werden.

Im Juni lehnte das Schweizer Stimmvolk die beiden Agrarinitiativen ab. Damit ist das heisse Eisen Agrarpolitik 22+ aber noch längst nicht geschmiedet ...

Der Ball liegt nun beim Bundesrat. Ihm hat man quasi die Agrarpolitik zurückgegeben, dass er einen Zusatzbericht erstellt. Dabei sind auch Berechnungsfehler zu eliminieren, insbesondere bei den Nährstoffflüssen. Weitere Knackpunkte betreffen die Ammoniak-Reduktion, aber auch den Tierbestand pro Hektare.

Wie sind die politischen Fronten bei der Agrarpolitik 22+?

Grundsätzlich Links/Grün kontra die Bürgerlichen. Wobei wir im Parlament bei einzelnen Agrarvorlagen sogar die Situation hatten, dass die SVP und wir gegen Grün, GLP, SP und FDP stimmten. Mit dem Strategiewechsel zu «grüner» und «umweltbewusster» nehmen die Liberalen plötzlich eine «linkere» Position ein.

Sie sind Verwaltungsrat bei der Fenaco Genossenschaft. Welche Rolle spielt dabei der Lobbyismus?

Da gibt es zwei Sachen dazu zu sagen: Erstens müssen wir jedes Mandat deklarieren. Und zweitens: Wenn wir weiter ein Milizparlament in der Schweiz wollen – was heisst, dass Politiker auch im Beruf und der Wirtschaft tätig sind



Leo Müller (Die Mitte, Ruswil) ist Vizepräsident der Kommission für Wirtschaft und Abgaben und Mitglied der Legislaturplanungskommission 2019–2023. Foto zvg

– dann muss man diesen Sachverhalt akzeptieren. Sei es ein VR-Sitz in einer Krankenkasse, in einer landwirtschaftlichen Genossenschaft oder in einem Spital. Was ist Politik? Politik ist im Grunde genommen nur Lobbyismus, Geldtendmachung von Anliegen, die dann im politischen Prozess «verarbeitet» werden.

Anlässlich der Herbstsession hat das Parlament den Stützungsmaßnahmen für den einheimischen Zuckerrübenanbau zugestimmt. Als VR bei der Schweizer Zucker AG sind Sie bestimmt froh darüber.

Worin lag die Problematik?

Mit den bilateralen Verträgen gab es mit der EU eine Regelung. Damals hatte die EU eine Mengenbeschränkung bei der Zuckerproduktion. Vor vier, fünf Jahren hob die EU diese Beschränkung auf und es wurde viel mehr Zucker produziert. So wurde die Schweiz in den letzten Jahren von billigem Zucker überschwemmt. So fiel der Zuckerpreis und damit einhergehend auch der Rübenpreis, den man den Landwirten bezahlen konnte. In der Folge sank aufgrund fehlender Wirtschaftlichkeit die Bereitschaft Rüben anzubauen.

Und was hat man nun beschlossen?

Vor drei Jahren entschied der Bundesrat, dass man einen Mindestgrenzschutz von 70 Franken pro Tonne Zucker erhebt. Und, dass der Einzelkulturbeitrag pro Hektare Zuckerrüben um 300 Franken auf 2100 Franken pro Hektare angehoben wurde. Diese Regelung läuft Ende 2021 aus. Man sah aber, dass sich die Situation zu wenig verbessert hat und der Bundesrat weigerte sich den Grenzschutz weiterzuführen. Dann wurde das Parlament aktiv und schaffte eine entsprechende Gesetzesvorlage aus.

Und Sie haben sich für diese Vorlage entsprechend eingesetzt ...

Die Gesetzesgrundlage fand eine Mehrheit im Parlament und leistet einen Beitrag, dass man die Zuckerproduktion in der Schweiz aufrechterhalten kann. Und da kann man schon sagen, dass ich hier prägend mitgewirkt habe.

Gab es auch ein Thema, das Sie geärgert hat?

Dass nach dem Ständerat auch der Nationalrat die Industriezölle abschafft und damit 560 Millionen Franken weniger an den Bund fliessen. Das erfolgt in einer Zeit, in der sich der Bund aufgrund der Corona-Massnahmen stark verschulden musste. Ich plädierte für eine Kompromisslösung, die nur die Aufhebung der Zölle für Rohstoffe und Halbfabrikate betroffen hätte. Mit dem Ausfall von 100 Millionen für die Bundeskasse wäre so ein Nutzen von 80 Prozent des Gesamtnutzens erreicht worden. In einem zweiten Schritt hätte man, wenn es sich gelohnt hätte, weitere Industriezölle abschaffen können. Ärgerlich war: Bei einem Stimmenverhältnis von 97 zu 97 schickte Nationalratspräsident Andreas Aeubi (SVP) mit seinem Stichtscheid meinen Antrag bachab.

Ernesto Piazza